



Drucksachen-Nr. **X/1425**

Bad Schwalbach, den 21.09.2020

Aktenzeichen: I.6

Ersteller/in: Roland Reichenauer

EDV

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich
Kreisausschuss	05.10.2020		nein
Haupt- und Finanzausschuss	16.10.2020		ja
Kreistag	20.10.2020		ja

Titel

Umsetzung OZG und Verwaltungsdigitalisierung

I. Sachverhalt:

Statusbericht der OZG-Umsetzung

Bei Betrachtung der OZG-Umsetzung als Digitalisierung von allgemeinen - nicht durch die Corona-Krise hervorgerufenen – Verwaltungsleistungen (auch kurz OZG-Leistungen genannt), befinden wir uns auf dem Stand vor der Krise. Das bedeutet, dass wir auf folgenden Status zurückblicken können:

1. Ausgearbeitete Digitalisierungsstrategie
2. Verwaltungsweit eingeführte Verwaltungsplattform Civento
3. Eigenentwickeltes kreisweites Onlineportal
4. Schulung der IT-Mitarbeiter

Das Land Hessen hat sich bereit erklärt alle OZG-Leistungen den Civento-einsetzenden Kommunen als Onlinedienste kostenfrei zur Verfügung zu stellen und auf Basis des beschriebenen Status ist der Kreis vorbereitet die Programme mit geringem EDV-Aufwand einzusetzen. Das bedeutet letztendlich, dass zukünftige OZG-Statusänderungen beim RTK lediglich mit einer Bestandsveränderung zusätzlich bereitgestellter Onlinedienste einhergehen werden.

Zum Zweck der Erstellung dieser Onlinedienste wurde beim HLT der Arbeitskreis Digitalisierung gegründet. Der Arbeitskreis hat die Aufgabe der Projektsteuerung übernommen; die Vorgaben für die Programmierung der Onlinedienste soll durch interkommunal besetzte Fachgruppen erfolgen. Die Rekrutierung des Personals für diese Fachgruppen gestaltet sich – nicht zuletzt auch durch die Corona-Krise bedingt – bislang schwierig. Dennoch entstanden während der Krise Onlinedienste, wie zum Beispiel:

1. Meldung eines Corona-Verdacht-Falles
2. Antrag auf Verdienstausschüttung
3. Freiwillige Hilfe

Diese hätten ohne nennenswerten Aufwand beim RTK eingesetzt werden können; außer Punkt (2) wurde deren Einsatz jedoch vom Krisenstab abgelehnt.

Um der Kapazitätsplanung des Kreises hinsichtlich der weiteren Umsetzungsarbeiten des OZG gerecht zu werden, wurde auch zwischenzeitlich die zusätzlich erforderliche IT-Stelle ausgeschrieben. Der Bewerbungsrücklauf war allerdings ernüchternd; es gab keinen geeigneten Bewerber mit Erfüllung der Anforderungen. Als Maßnahme werden wir einen erneuten Ausschreibungsversuch mit reduzierten Anforderungen starten.

Zusätzlich plant der Kreis diejenigen seiner Kommunen, die zur Darstellung ihrer Verwaltungsleistungen ebenfalls die Plattform Civento nutzen wollen, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) in sein Projekt einzubinden. Das Konzept umfasst:

1. Arbeitsweise und Voraussetzungen
2. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
3. Leistungserbringungen
4. Einbindung der ekom21
5. Kosten-/Leistungsverrechnung
6. Fördermittelverteilungsstrategie
7. Nächste Schritte

Es wurde bereits detailliert erarbeitet und in einen Vortrag gegossen, der – vorbehaltlich der noch einzuholenden Zustimmung durch den Landrat – den Kommunen im Rahmen einer Bürgermeisterdienstversammlung präsentiert werden soll.

Statusbericht der Verwaltungsdigitalisierung

Der Status sonstiger im Rahmen der Digitalisierungsstrategie geplanter Vorhaben stellt sich wie folgt dar:

1. Die Einführungen von E-Akte im Jobcenter und E-Rechnung befinden sich in der Testphase; diese soll bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Die erforderliche Ausstattung der Arbeitsplätze in diesen Bereichen ist bereits erfolgt.
2. Vorbereitungen zur Einführung der E-Akte in weiteren Bereichen (Beispiel Ausländerbehörde) wurden bereits begonnen.
3. Die Einführung eines verwaltungsweiten Onlineterminreservierungs-Systems (TEVIS von der ekom21) wird untersucht.
4. Für das elektronische Gerichtspostfach stellt die ekom21 eine zentrale Anwendung bereit, deren Funktionalität und damit zusammenhängende Auswirkungen auf die internen Verwaltungsabläufe zurzeit von uns geprüft werden.
5. Zum Ausführen von Videokonferenzen wurde das System Cisco Webex ausgesucht und in der Kreisverwaltung eingerichtet und die zukünftigen Gastgeber geschult. Für die Konferenzteilnahme seitens der Arbeitsplätze wurden mobile Kamerasysteme angeschafft. Nach langer Wartezeit auf die Lieferung der erforderlichen Hardware haben wir einen ersten Videokonferenzraum mit Großbildschirm und mikrofongesteuerten Kameras, welche die aktuell sprechende Person automatisch heranzoomen, eingerichtet.
6. Während der Corona-Krise in der ersten Jahreshälfte konnte aufgrund von Lieferengpässen bei Notebooks das bereits seit Jahren erfolgreich genutzte technische Konzept für Homeoffice nicht genutzt werden. Daher wurde eine Möglichkeit geschaffen, durch Nutzung der heimischen Privat-PCs an den vorhandenen Arbeitsplatz-PCs zu arbeiten. Dieses interimistische Konzept hätte auch im Falle einer Quarantäne der IT-Abteilung die EDV-Betreuung fortwährend sicherstellen können.
7. Der RTK verfügt aktuell über drei eigene Cloud-Dienste, welche im eigenen Rechenzentrum gehostet werden. Neben zwei Cloud-Diensten für die mobile Nutzung seitens der Verwaltungs-Belegschaft gibt es zwischenzeitlich auch eine Schul-Cloud, die von fast 30 unserer Schulen im pädagogischen Bereich genutzt wird.
8. Das interkommunale Projekt GDI-INSPIRE zwecks Einführung einer Geodaten-Infrastruktur im gesamten Kreisgebiet (EU-Richtlinie) wurde trotz der Corona-Krise mit nur einer geringen Zeitverzögerung von 2 Monaten erfolgreich abgeschlossen.
9. Das Gebäude der Kreisverwaltung in Bad Schwalbach wurde in Eigenleistung mit einem offenen WLAN komplett ausgeleuchtet.
10. Zum Zwecke der Kosteneinsparung und Betriebssicherheit wurde eine RZ-Struktur aufgebaut, die es ermöglicht zukünftige Server zu virtualisieren. Einige Server stehen bereits in virtueller Form dar; das kreiseigene Internet-RZ wurde komplett virtualisiert.
11. Für das äußere - alle Standorte der Kreisverwaltung verbindende – Leitungsnetz wurden die Bandbreiten auf 100 Mbit/s erhöht.
12. Im Rahmen des Förderprogrammes *„Förderung der Digitalisierung der Kommunen im Rahmen des Landesprogrammes Starke Heimat Hessen“* wurde zur finanziellen Unterstützung eines Teils der o. g. Maßnahmen Mittel in der Höhe von 150 T€ (max. Zuschussbetrag) beantragt.

(Frank Kilian)
Landrat